



Baden-Württemberg.de

📅 23.07.2015

ALTLASTENSANIERUNG

Land stellt Kommunen über 15 Millionen Euro für Sanierung von Altlasten bereit



„Boden gehört mit Wasser und Luft zu unseren elementaren Lebensgrundlagen. Wir wollen Industriebrachen von schädlichen Altlasten befreien, damit die Städte und Gemeinden die Flächen neu nutzen und so wertvolle Böden im Außenbereich schonen können“, erklärte Umweltminister Franz Untersteller. Dieses Jahr unterstütze die Landesregierung die Kommunen hierbei mit über 15 Millionen Euro.

Den höchsten Zuschuss in Höhe von knapp 7,7 Millionen Euro erhält die Landeshauptstadt Stuttgart für die mit insgesamt knapp 20 Millionen Euro veranschlagte Sanierung des rund 1,4 Hektar großen Schoch-Areals in Stuttgart-Feuerbach. Zudem hat der „Verteilungsausschuss Altlasten“ der Landeshauptstadt eine weitere Förderung in Höhe von über fünf Millionen Euro in Aussicht gestellt, sobald hierfür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Bereits im letzten Jahr hatte das

Die Stadt Tübingen erhält 900.000 Euro, damit sie die starke Verunreinigung des 6.500 Quadratmeter großen Areals „Beim Kupferhammer 5“ (ehemalige Metall- und Maschinenfabrik Zanker) mit leichtflüchtigen, chlorierten Kohlenwasserstoffen (LCKW) beheben kann. Die Gesamtkosten für den kompletten Aushub des Bodens und dessen Entsorgung belaufen sich auf 1,5 Millionen Euro.

Weitere 531.000 Euro erhält die Stadt Villingen-Schwenningen, um die schweren Boden- und Grundwasserverunreinigungen auf dem ehemaligen Verbrennungsplatz Biswurm beseitigen zu können. Die insgesamt auf über 5,2 Millionen Euro veranschlagte und seit 2012 laufende Sanierung des Geländes hatte das Land bereits in der Vergangenheit mit insgesamt knapp 2,3 Millionen Euro gefördert.

Mit rund 500.000 Euro bezuschusst das Land die über 830.000 Euro kostende Sanierung des ehemaligen Gaswerksstandortes „Maiergasse 46 bis 54“ in Aalen-Wasseralfingen. Die in der Nähe von Wohn- und Gewerbegebieten befindliche Fläche befindet sich innerhalb eines städtebaulichen Fördergebietes, die Belastungen mit Teer und Teeröl stehen der geplanten städtebaulichen Neunutzung jedoch noch entgegen.

LUBW veröffentlicht Altlastenstatistik 2014

Zeitgleich mit den diesjährigen Förderentscheidungen hat die LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg die „Altlastenstatistik 2014“ veröffentlicht. Hierin sind detailliert alle Informationen rund um den Stand der Altlastenbearbeitung in Baden-Württemberg zu finden.

„Unser Bericht ist die Informationsgrundlage für das Land rund um das Thema Altlasten und altlastenverdächtige Flächen“, erläuterte die Präsidentin der LUBW, Margareta Barth. „Er gibt einen Überblick über die bisher in Baden-Württemberg geleistete Arbeit und beschreibt die systematische Vorgehensweise. Die LUBW verantwortet landesweit die fachliche Koordination der Altlastenbearbeitung, informiert und berät die zuständigen Behörden.“

Ein Blick in die Statistiken zeigt, welche zahlreiche Aufgaben seit Beginn der Altlastenbearbeitung in Baden-Württemberg bewältigt wurden. Knapp 100.500 Flächen wurden erfasst und bewertet, 3.232 Flächen saniert. Aktuell werden 17.380 altlastverdächtige Flächen und Altlasten im Kataster geführt. Im vergangenen Jahr wurden rund 632 Verdachtsflächen untersucht und hinsichtlich ihrer Umweltgefährdung beurteilt. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass für eine weitgehende Aufarbeitung des Altlastenproblems mindestens weitere 20 Jahre benötigt werden.

Altlasten

Altlasten wurden durch einen unachtsamen Umgang mit Chemikalien und Abfällen verursacht. In den 1980er Jahren standen bei der systematischen Altlastenbearbeitung vor allem die ehemaligen Müllkippen im Vordergrund, doch viel häufiger sind es stillgelegte Industrie- und Gewerbeanlagen, von denen vergleichsweise größere Schäden verursacht wurden. Betrachtet man die ehemalige Nutzung dieser Flächen, zeigt sich, dass folgende Branchen dominieren: metallverarbeitende Betriebe,

Tankstellen, Kfz-Werkstätten, Betriebshöfe und chemische Reinigungen. Mehr als 50 Prozent der altlastverdächtigen Altstandorte können diesen Betriebszweigen zugeordnet werden.

Die bisher am häufigsten erfassten Schadstoffe sind Mineralölkohlenwasserstoffe (MKW) und aromatische Kohlenwasserstoffe (BTXE). Es folgen Schwermetalle, leichtflüchtige Chlorkohlenwasserstoffe (LCKW) und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK).

Baden-Württemberg startete 1988 als erstes Bundesland mit einer systematischen Aufarbeitung der Altlasten. Seither hat das Land die kommunale Altlastenbehandlung mit insgesamt fast 748 Millionen Euro unterstützt, womit Investitionen von schätzungsweise einer Milliarde Euro ausgelöst wurden. Über die Förder-Zuschüsse entscheidet ein unabhängiger Verteilungsausschuss beim Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. Dem Verteilungsausschuss gehören je ein Vertreter des Umweltministeriums (Vorsitz), des Innenministeriums sowie der kommunalen Landesverbände an. Der Landesverband der baden-württembergischen Industrie nimmt beratend an den Sitzungen teil. Der Verteilungsausschuss konzentriert sich auf Altlastenfälle mit einem Fördervolumen über 500.000 Euro und auf Sonderfälle. Über Maßnahmen mit einer Zuwendung unter 500.000 Euro entscheiden die Regierungspräsidien.

[Altlastenstatistik 2014 \(PDF\)](#)